

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Ophelia Nick, Dr. Zoe Mayer, Niklas Wagener, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 21/4470 –

Sichtbar, stark und beteiligt – Gleichstellung von Frauen in der Landwirtschaft sicherstellen

A. Problem

Die antragstellende Fraktion stellt dar, dass Frauen in der Landwirtschaft in Deutschland und weltweit benachteiligt sind. Frauen leisteten global fast 40 Prozent der Arbeit in der Ernährungs- und Landwirtschaft, sorgten Modernisierung und Diversifizierung von Betrieben, übernahmen den Hauptanteil an Care-Arbeit und würden sich zusätzlich ehrenamtlich engagieren. Sie hätten aber nur begrenzten Zugang zu Land und Kapital sowie zu Leitungspositionen und seien sozial unzureichend abgesichert. Aus diesem Grund hätten die Vereinten Nationen das Jahr 2026 zum Internationalen Jahr der Frauen in der Landwirtschaft erklärt, um den politischen Fokus auf die mit dem Thema verbundene Problematik zu lenken und um strukturelle Benachteiligungen abzubauen.

Darüber hinaus stellt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dar, dass die aktuelle Gleichstellungspolitik der Bundesregierung hinter den Erwartungen zurückbleibe. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD sei vereinbart, für gleichberechtigte Teilhabe in Politik und Wirtschaft zu sorgen. Dennoch ergreife die Bundesregierung keine entsprechenden Maßnahmen, um die Situation von Frauen in der Landwirtschaft zu verbessern.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke.

C. Alternativen

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 21/4470 abzulehnen.

Berlin, den 25. März 2026

Der Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat

Hermann Färber
Vorsitzender

Alexander Jordan
Berichtersteller

Bernd Schuhmann
Berichtersteller

Esther Dilcher
Berichterstellerin

Dr. Ophelia Nick
Berichterstellerin

Ina Latendorf
Berichterstellerin

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Alexander Jordan, Bernd Schuhmann, Esther Dilcher, Dr. Ophelia Nick und Ina Latendorf

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 62. Sitzung am 5. März 2026 den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 21/4470** erstmals beraten und an den Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem vorliegenden Antrag soll u. a. festgestellt werden, dass Frauen in der Landwirtschaft benachteiligt sind. Ihre Arbeit und ihre Leistungen würden nicht ausreichend finanziell entlohnt, außerdem würden ihre Belange in Bezug auf soziale Absicherung zu wenig berücksichtigt. Die Bundesregierung soll daher im Wesentlichen dazu aufgefordert werden, die Gleichstellung von Frauen in der Landwirtschaft zur Leitlinie ihrer Agrarpolitik zu machen und Frauen bei allen Formen der beruflichen Tätigkeit, als selbstständige Betriebsleiterin, Angestellte, mitarbeitende Familienangehörige oder Saisonarbeitskraft, in der Agrarwirtschaft rechtlich und finanziell zu unterstützen.

Auf Ebene der EU soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Belange von Frauen in der Landwirtschaft bei den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 und der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2028 berücksichtigt werden, indem u.a. strukturelle Benachteiligungen bei der Förderung verringert und mit einem festgelegten Mittelansatz für die Entwicklung ländlicher Räume die Lebensbedingungen von Frauen verbessert werden. Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit soll die Bundesregierung die Gleichstellung von Frauen weltweit fördern und ihre Teilhabe an Land, Kapital und Entscheidungsprozessen verbessern.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 33. Sitzung am 25. März 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 21/4470 empfohlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 26. Sitzung am 25. März 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 21/4470 empfohlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 20. Sitzung am 25. März 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 21/4470 empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 17. Sitzung am 25. März 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 21/4470 empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 21. Sitzung am 25. März 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

90/DIE GRÜNEN und Die Linke die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 21/4470 empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 21/4470 in seiner 20. Sitzung am 25. März 2026 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** merkte an, der vorliegende Antrag greife ein wichtiges Thema auf. Die Stärkung von Frauen sei ein Zukunftsthema für die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft. Der Antrag erwecke allerdings den Eindruck, die Bundesregierung sei in diesem Bereich weitgehend untätig geblieben. Es seien aber bereits Maßnahmen auf den Weg gebracht worden, die sich gezielt auf die Herausforderungen von Frauen in der Landwirtschaft richteten und die Datengrundlage für eine gute Politik verbessern sollten. Gleichstellung sei kein Hebel, der einfach umgelegt werden könne, sondern nur unter Berücksichtigung der gewachsenen Strukturen durch ein Zusammenspiel vieler Schritte über Jahrzehnte politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich zum Tragen komme. Gemeinsam mit den Ländern, den Verbänden und der Praxis unternehme die Bundesregierung diese Schritte. Auch auf Ebene der EU sei die Gleichstellung von Frauen explizit Teil der Diskussion zur Gemeinsamen Agrarpolitik. Die Bundesregierung bringe sich aktiv in deren Ausgestaltung ein.

Die **Fraktion der AfD** betonte, in der Praxis gebe es seit langem Beispiele gleichberechtigter Betriebsführung. Landwirtschaftspolitik für Frauen würde ebenso wenig funktionieren wie Außenpolitik für Frauen. Mit ihren Forderungen wie beispielsweise einer Quote bei der Hofnachfolge, egal ob die Töchter den Hof überhaupt übernehmen wollten, zerstöre die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN funktionierende Familienstrukturen, statt die wirklichen Probleme anzugehen. Die Probleme der Landwirtschaft seien nicht geschlechtsspezifisch, sondern grundlegend und bedürften weder weiterer Beratungsstellen noch mit Millionen von Steuergeldern finanzierter unnützer Programme. Das Problem seien ausländische Billigimporte durch Handelsabkommen wie dem EU-Mercosur-Abkommen und steigende Produktionskosten durch hohe Energiepreise und den gesetzlichen Mindestlohn. Forderungen nach einem Recht auf Teilzeit und Quoten seien grüner Sozialismus und würden den Landwirten nicht helfen.

Die **Fraktion der SPD** führte an, der vorliegende Antrag berücksichtige nicht die bisherigen Initiativen in diesem Bereich. Die Fraktion der SPD habe im vergangenen Jahr bereits ein entsprechendes Positionspapier vorgelegt. Der Antrag gehe nicht auf die Gleichstellung von Frauen in Garten- und Weinbau, Forstwirtschaft oder Fischerei ein. Außerdem konzentrierten sich die geforderten Maßnahmen zu sehr auf Selbständige. Viel mehr Frauen in der Landwirtschaft seien angestellt oder würden als Familienmitglied mitarbeiten. Gerade unter den Saisonarbeitskräften seien ebenfalls viele Frauen. Frauen würden ihre Anliegen bereits engagiert vertreten, wie ein Blick auf die Deutsche Landjugend und ihre Vorsitzende zeige. Im Bundeshaushalt seien Mittel für Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen in der Landwirtschaft vorgesehen, die nicht nur Selbständige, sondern auch Arbeitnehmerinnen und Saisonarbeitskräfte umfassten. Die Bundesregierung solle ihre Politik weiterhin so breit ausrichten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, eine Befassung mit dem Thema sei nicht nur notwendig, weil die Vereinten Nationen 2026 zum Jahr der Frauen in der Landwirtschaft ausgerufen hätten. Lediglich einer von zehn landwirtschaftlichen Betrieben werde von einer Frau geleitet, damit sei Deutschland eines der Schlusslichter im europäischen Vergleich. Der vorliegende Antrag enthalte unterschiedliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frauen in der Landwirtschaft. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wolle nicht mehr hinnehmen, dass Frauen einen erheblichen Teil der Arbeit leisteten, die Belange der Landwirtschaft aber vorwiegend von Männern vertreten würden. Daher müssten mehr Frauen in Entscheidungsgremien, z. B. für die Vergabe von Fördermitteln, vertreten sein. Zudem müssten Frauen in finanziellen Angelegenheiten mehr unterstützt und im Alter sowie bei Scheidung, Trennung oder bei Todesfällen besser sozial abgesichert werden. Zudem lägen zu wenige geschlechtsspezifische Daten für gezielte Maßnahmen vor. Das Jahr der Frauen in der Landwirtschaft solle genutzt werden, um die wissenschaftliche Begleitung des Themas zu intensivieren. Der Antrag solle als Unterstützung der Arbeit der Bundesregierung dienen.

Die **Fraktion Die Linke** kritisierte, der vorliegende Antrag greife mit der Bezugnahme nur auf Frauen zu kurz. Auf der Konferenz des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) „Starke Frauen

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

in der Landwirtschaft“ sei über eine Initiative in Irland berichtet worden, die sich dafür einsetze, die Mittel aus der Gemeinsamen Agrarpolitik gezielt für die Förderung von FLINTA-Personen einzusetzen und entsprechende Quoten in landwirtschaftlichen Gremien einzuführen. Ähnliches fordere die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für Frauen. Die Zahl von Frauen in Führungspositionen und bei Existenzgründungen in Landwirtschaft müsse steigen. Bislang würden Frauen nur in bestehende männlich dominierte Strukturen integriert. Es müsse aber qualitative Änderungen geben. Auch die Sorgearbeit werde automatisch Frauen zugeschrieben. Bei der öffentlichen Daseinsvorsorge im ländlichen Raum müssten die Belange von Frauen, z. B. bei Kinderbetreuung, Pflege, Gesundheitsversorgung und Mobilität, viel stärker mitgedacht werden, um Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen. Oft gebe es zur Gleichstellung von Frauen in der Landwirtschaft nur Bekenntnisse statt aktiver Verbesserungen.

Die **Bundesregierung** stellte klar, dass BMLEH engagiere sich bereits auf vielfältige Weise für die Stärkung der Frauen in der Landwirtschaft. Die Politik der Bundesregierung sei nicht ambitionslos, wie im vorliegenden Antrag behauptet. Die Bundesregierung habe beispielsweise Studien in Auftrag gegeben oder Traineeprogramme für Frauen initiiert. Da die Bundesregierung das Grundanliegen des Antrags bereits aufgreife, sei er überflüssig. Der Text könne jedoch als Unterstützung der Politik der Bundesregierung betrachtet werden.

2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 21/4470 abzulehnen.

Berlin, den 25. März 2026

Alexander Jordan
Berichtersteller

Bernd Schuhmann
Berichtersteller

Esther Dilcher
Berichterstatlerin

Dr. Ophelia Nick
Berichterstatlerin

Ina Latendorf
Berichterstatlerin

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.